

## Zivilgerichtliches Online-Verfahren – Häufige Fragen

### *1. Allgemein*

#### 1. Was ist das zivilgerichtliche Online-Verfahren? Wodurch ist es gekennzeichnet?

- **Eigene Verfahrensart:** Das zivilgerichtliche Online-Verfahren ist eine eigene Verfahrensart mit eigenen Regeln. Es geht also nicht einfach darum, das bestehende Zivilverfahren zu digitalisieren. Vielmehr soll mit dem zivilgerichtlichen Online-Verfahren eine insgesamt schlankere Verfahrensart etabliert werden, die durchgehend an den Möglichkeiten der Digitalisierung ausgerichtet ist.
- **Geringere Gerichtsgebühren:** Für die Einleitung des Gerichtsverfahrens muss der Kläger – auch im normalen Zivilverfahren – im Voraus Gerichtsgebühren entrichten. Im normalen Zivilverfahren liegen diese zwischen 120 und 849 Euro. Im Online-Verfahren liegen sie niedriger – bei 80 bis 566 Euro.
- **Digitales Verfahren von Klageerhebung bis Urteil:** Das Online-Verfahren wird digital eröffnet und geführt. Auch das Urteil wird dem Kläger elektronisch zugestellt. Ein persönliches Erscheinen zur mündlichen Verhandlung wird nur in Ausnahmefällen erforderlich sein. Sofern überhaupt eine mündliche Verhandlung stattfindet, soll diese als Videokonferenz stattfinden.
- **Flexibilität:** Das Online-Verfahren ermöglicht dem Gericht eine flexiblere und einfachere Verfahrensgestaltung, beispielsweise durch Verzicht auf eine mündliche Verhandlung, Vorrang der Videoverhandlung, Erleichterungen im Beweisverfahren und Verzicht auf einen gesonderten Termin zur Verkündung des Urteils.
- **Erprobung:** Das zivilgerichtliche Online-Verfahren befindet sich in der Erprobung. Das bedeutet, dass die jetzt verwendbare Version ein sogenanntes Minimum Viable Product ist. Es wird nach dem Feedback der Nutzenden um weitere Funktionen ergänzt und das Verfahren weiterentwickelt.
- **Gesetzliches Mandat:** Das BMJV ist durch die Zivilprozessordnung beauftragt, die erforderlichen Eingabesysteme zu entwickeln und bundeseinheitlich bereitzustellen,

mit denen die Klagen im Online-Verfahren erstellt werden. Das zivilgerichtliche Online-Verfahren ist eines der Hebelprojekte der Modernisierungsagenda Bund und auch in der föderalen Modernisierungsagenda enthalten.

## **2. Für welche Arten von Klagen gibt es das zivilgerichtliche Online-Verfahren in der Erprobungsphase?**

Das zivilgerichtliche Online-Verfahren ist zum jetzigen Zeitpunkt für Zahlungsklagen mit einem Streitwert bis zu 10.000 EUR eröffnet, sofern diese von Bürgerinnen und Bürgern erhoben werden, die insoweit nicht unternehmerisch tätig sind. Auf Beklagtenseite können auch Unternehmen stehen. Mögliche Klagen im zivilgerichtlichen Online-Verfahren sind zum Beispiel: Zahlungsklagen aus Mietverhältnissen, Verkehrsunfällen oder Urheberrechtsverletzungen. Auch für Klagen wegen Fluggastrechten ist das Verfahren eröffnet.

Die Begrenzung auf einen Streitwert bis zu 10.000 EUR entsteht dadurch, dass ab einem höheren Wert die Landgerichte zuständig wären – und zum jetzigen Zeitpunkt nur Amtsgerichte an der Erprobung teilnehmen.

## **3. Welche Amtsgerichte nehmen an der Erprobung des zivilgerichtlichen Online-Verfahrens teil?**

Insgesamt werden an der Erprobung 18 Amtsgerichte in 10 Bundesländern teilnehmen. Am 15. April 2026 startet die Erprobung des zivilrechtlichen Online-Verfahrens zunächst an den Amtsgerichten Nürnberg, Schöneberg, Bremen, Hamburg (Mitte), Frankfurt am Main, Leipzig. Am 20. April 2026 beginnt sie am Amtsgericht Mannheim und Amtsgericht Nürtingen. Ab dem 1. Juni kommen die Amtsgerichte Bonn, Essen, Dortmund, Bitburg und Sinzig hinzu. In Bezug auf Fluggastrechte nehmen zusätzlich die Amtsgerichte in Erding, Eilenburg, Königs Wusterhausen (ab 1.10.), Düsseldorf und Steinfurt (ab dem 1.6.) teil.

Das zivilgerichtliche Online-Verfahren steht in der Erprobungsphase nur dann zur Verfügung, wenn die betreffende Streitigkeit auch in die Zuständigkeit eines der teilnehmenden Amtsgerichte fällt.

#### **4. Wer kann das zivilgerichtliche Online-Verfahren nutzen?**

In der ersten Stufe der Erprobung kann das zivilgerichtliche Online-Verfahren nur für Klagen von Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden, die nicht unternehmerisch tätig sind. Anwältinnen und Anwälte können ein Online-Verfahren eröffnen, wenn ihre Mandantinnen und Mandanten sie damit beauftragen. Eine anwaltliche Vertretung ist indes nicht erforderlich. Schritt für Schritt soll nach dem Beginn der Erprobung ein spezielles Eingabesystem für die Anwaltschaft entwickelt werden, die in die Entwicklung einbezogen wird.

#### **5. Können Beklagte es ablehnen, dass ein Rechtsstreit im Online-Verfahren geführt wird? Wie erfahren Beklagte davon, dass gegen sie eine Klage im Online-Verfahren erhoben wurde?**

Natürliche Personen ohne anwaltliche Vertretung sind zu einer digitalen Kommunikation nicht verpflichtet.

Wie im normalen zivilgerichtlichen Klageverfahren auch erhält die beklagte Partei mit Zustellung der Klage Kenntnis von dem Verfahren. Die Zustellung erfolgt per Post. Dabei wird sie auch darüber informiert, dass es sich um ein Online-Verfahren handelt, welche Besonderheiten das umfasst und wie sie mit dem Gericht digital kommunizieren kann, z.B. durch Nutzung des „Mein Justizpostfach“ (MJP).

#### **6. Welche Vorteile bringt das zivilgerichtliche Online-Verfahren?**

Das zivilgerichtliche Online-Verfahren soll Bürgerinnen und Bürgern zwei wesentliche Vorteile bieten:

- Geringere Gebühren: Für das zivilgerichtliche Online-Verfahren fallen geringere Gerichtsgebühren an.
- Effizienz und Schnelligkeit: Das zivilgerichtliche Online-Verfahren soll effizienter und schneller geführt werden können; insbesondere spart die digitale Verfahrensführung allen Beteiligten Zeit und Aufwand, denn weder müssen Schriftsätze ausgedruckt und zur Post gebracht werden, noch wird normalerweise eine mündliche Verhandlung in Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten notwendig sein. In der Regel soll das gesamte Verfahren vom heimischen Schreibtisch aus betrieben werden können.

Mit diesen Vorteilen für Bürgerinnen und Bürger korrespondieren Vorteile für die Justiz:

- Die Klagen erreichen das Gericht aufgrund der strukturierten Abfrage im Eingabesystem in standardisierter Form, sodass eine effizientere Bearbeitung möglich ist.
- Gerichte können das Verfahren flexibler betreiben. Dazu gehört, dass regelmäßig auf eine mündliche Verhandlung verzichtet werden kann oder diese in Form einer Videoverhandlung durchgeführt wird. Das Gericht kann das Urteil zustellen, statt einen Verkündungstermin anzuberaumen. Zudem kann das Gericht von weiteren Verfahrensvorgaben im regulären Zivilverfahren abweichen.

## **7. Was hat das zivilgerichtliche Online-Verfahren mit dem bereits jetzt verfügbaren Online-Dienst für Fluggastrechte zu tun?**

Seit März 2025 erproben einige Amtsgerichte einen Online-Dienst für Fluggastrechte. Auf diesem können Betroffene sich darüber informieren, ob ihnen voraussichtlich Ansprüche aus Fluggastrechten zustehen (etwa wegen eines verspäteten Fluges) und digital eine Klage erstellen. Über Klagen, die über den Online-Dienst für Fluggastrechte erstellt werden, wird bislang im regulären Zivilverfahren verhandelt. Das ändert sich nun mit dem Beginn der Erprobung des Online-Verfahrens.

## **8. Warum ist das zivilgerichtliche Verfahren noch nicht flächendeckend und für alle Zivilklagen verfügbar?**

Die Einführung eines zivilgerichtlichen Online-Verfahrens ist ein sehr großer Schritt für die Digitalisierung der Justiz. Die Entwicklung eines bürgerfreundlichen Eingabesystems ist anspruchsvoll – und kann nur im Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, Amtsgerichten und Anwältinnen und Anwälten gelingen. Die Erprobung an ausgewählten Amtsgerichten hat den Zweck, eine erste Version des Eingabesystems unter Realbedingungen zu erproben – und schrittweise weiterzuentwickeln.

## **9. Welche weiteren Schritte sind geplant?**

- **Eingabesystem für die Anwaltschaft:** Es soll ein eigenes Eingabesystem für die Anwaltschaft entwickelt werden.

- **Maschinenlesbarkeit:** Es ist geplant, dass die Klage nicht nur als PDF bei Gericht ankommt, sondern auch als strukturierter Datensatz im XJustiz-Format. Dieses Format kann maschinell ausgelesen werden und ermöglicht auch eine effiziente digitale Weiterbearbeitung bei Gericht.
- **Abbildung weiterer prozessualer Möglichkeiten:** Die Eingabesysteme sollen nach und nach auch weitere prozessuale Möglichkeiten abbilden können - beispielsweise Anträge Zug-um-Zug, mehrere Parteien auf Kläger- oder Beklagtenseite, Fortführung des Verfahrens nach einem Mahnbescheid, oder eine Verknüpfung mit Prozesskostenhilfe.
- **Evaluierung:** Neben dem Feedback, das laufend möglich ist, wird das Online-Verfahren nach zwei, vier und acht Jahren evaluiert. Damit wird die Grundlage für Entscheidungen gelegt, ob das Online-Verfahren und damit verbundene digitale Angebote ausgeweitet werden (z.B. auf andere Verfahrensarten, Instanzen oder Gerichtsbarkeiten) oder in einen flächendeckenden Regelbetrieb überführt werden sollen.
- **Kommunikationsplattform:** Vorgesehen ist als weiterer Baustein zur Erprobung die Entwicklung einer Kommunikationsplattform für die Kommunikation der Verfahrensbeteiligten mit dem Gericht. Diese ermöglicht die unmittelbare Einreichung, Bereitstellung und Sichtbarkeit von allen Verfahrensdokumenten. Auf dieser Basis können zudem weitere digitale Dienste angeboten werden. Die Kommunikationsplattform soll auch eine Schnittstelle enthalten, an die Softwarelösungen, mit denen viele Kanzleien heute schon arbeiten um ihre Arbeit zu strukturieren, andocken können.

## *II. Funktionsweise*

### 1. Wie funktioniert das zivilgerichtliche Online-Verfahren genau?

Auf [service.justiz.de](https://service.justiz.de) ist ein digitales Eingabesystem verfügbar, das Schritt für Schritt mit Abfragen durch die Erstellung der Klage führt. Zur Einreichung der Klage ist es erforderlich, ein „Mein Justizpostfach“-Konto (MJP) zu erstellen. Dafür braucht es einen Online-Ausweis und die BundID. Eine Anleitung dafür gibt es [hier](#).

Anwältinnen und Anwälte müssen mit dem Eingabesystem erstellte Klagen – wie heute auch schon im normalen Zivilverfahren – über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) einreichen.

## **2. Wie können Bürgerinnen und Bürger erfahren, welches Zivilgericht für ihre Klage zuständig ist?**

Hier gibt es für das zivilgerichtliche Online-Verfahren **keine anderen Regeln als für „normale“ zivilgerichtliche Verfahren**. Das Eingabesystem hilft aber durch schrittweise Abfragen bei der Suche nach dem zuständigen Gericht, indem es z.B. abfragt, welches Sachgebiet die Klage betrifft (z.B. Zahlungsklage aus einem Mietverhältnis, aus einem Autounfall, aus XY, etc.) und wo der Beklagte seinen Wohnsitz hat.

## **3. Ist für das zivilgerichtliche Online-Verfahren eine anwaltliche Vertretung vorgeschrieben?**

Nein. Vor dem Amtsgericht dürfen Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen ohne anwaltliche Vertretung Verfahren führen. Das ist beim zivilgerichtlichen Online-Verfahren nicht anders.

## **4. Warum brauchen Bürgerinnen und Bürger ein MJP-Konto für das zivilgerichtliche Online-Verfahren?**

Das „Mein Justizpostfach“ ist ein bereits bestehendes Postfach zur Kommunikation mit der Justiz, das nicht speziell für das zivilgerichtliche Online-Verfahren entwickelt wurde. Hier wird also an etwas angeknüpft, das es schon gibt, um möglichst schnell und aufwandsarm die Erprobung des zivilgerichtlichen Online-Verfahrens durchführen zu können. Ergänzend dazu soll mit der Kommunikationsplattform für zivilgerichtliche Online-Verfahren eine neue Art der Verfahrenskommunikation entwickelt und erprobt werden.

## **5. Warum knüpft das Online-Verfahren an den Online-Ausweis an?**

Auch im Online-Verfahren ist es wichtig, die Identitäten der Verfahrensbeteiligten sicher feststellen zu können. Mit der Online-Ausweisfunktion ist es möglich, an ein sicheres und bereits bestehendes System anzuknüpfen, statt kostspielig und zeitaufwändig etwas Eigenes entwickeln zu müssen.

## **6. An wen können sich Nutzende wenden, wenn sie Verbesserungsvorschläge oder technische Probleme mit dem Verfahren haben?**

Bei Fragen zum Onlinedienst steht auf [service.justiz.de](mailto:service.justiz.de) ein Support per E-Mail zur Verfügung. Der Support bietet keine inhaltliche Rechtsberatung.

Auf jeder Seite des Onlinedienstes gibt es zusätzlich einen Button „Problem auf dieser Seite melden“, über den Nutzende Feedback geben können.

Die Nutzenden werden zum Abschluss des Eingabesystems auf freiwilliger Basis eingeladen, sich für zukünftige Befragungen - für die Weiterentwicklung des Systems - zu registrieren.